



Finanzminister a.D. Gerhard Stratthaus, flankiert von Umweltministerin Tanja Gönner (li.) und der CDU-Stadtverbandsvorsitzenden Alexandra Hellstern-Missel. BILD: TÖPFER

Die Finanzkrise und ihre Ursachen

Ehemaliger Finanzminister Gerhard Stratthaus referiert vor zahlreichen Mittelständlern

Sigmaringen – Nach dem Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Gammertingen referierte Finanzminister a. D. Gerhard Stratthaus im Hotel „Fürstenhof“ auf Einladung und zur Unterstützung im Wahlkampf von Umwelt- und Verkehrsministerin Tanja Gönner vor zahlreichen mittelständischen Unternehmern aus der Region. Dabei ging er auf die Ursachen der Wirtschafts- und Finanzkrise und deren erfolgreiche Bewältigung ein.

Unter dem Motto „Eine starke Wirtschaft braucht eine starke Währung“ erläuterte der angesehene Finanzexperte (Vorsitzender vom Finanzstabilisie-

rungsfond) die Verantwortung der Euro-Währungsunion in den globalisierten Finanzmärkten.

Für den CDU-Stadtverband Sigmaringen hieß dessen Vorsitzende Alexandra Hellstern-Missel den Gast willkommen, die darauf verwies, dass viele Menschen heute noch von der Marktschwärmen. Gerhard Stratthaus ging jedoch sofort in Medias Res und stellte nüchtern fest, dass die Aufräumungsarbeiten zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise in vollem Gange seien. Die Ursache seien extreme Verschuldungen (Aufbau einer Schuldenblase bis zum Platzen), wie dies in den USA der Fall war. Da der Dollar die Leitwährung sei, war dies für die ganze Welt gefährlich. Mit dem Fall von Lehman Brothers sei 2009 aus der Finanzwirtschaftskrise geworden.

Während in England eine Bank gestürzt wurde, habe Bundeskanzlerin Angela Merkel mit der Garantie der Sparguthaben im Fernsehen richtig reagiert. Man habe ihr geglaubt und es sei Ruhe eingeleitet. Wichtig und richtig sei auch die Gründung der zwei Badbanken gewesen, mit der unakzeptable Auswüchse verhindert wurden. Das Ergebnis der Krise: „Deutschland ist plötzlich die anerkannte Nummer 1.“ Ein Austritt aus dem Euro und eine Transfer-Union (alle haften in der EU für alle) kommen nicht in Frage. Die einzige richtige Lösung für Länder wie Griechenland und Spanien heiße, sich selber wettbewerbsfähig machen. Bei Griechenland bezweifelte Gerhard Stratthaus dies, weshalb es langfristig eine Insolvenzordnung für Staaten geben müsse.